

Berichte

Online-Fachgespräche zur Corona-Krise in Ostmittel- und Südosteuropa

Die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf dem Westbalkan

Südosteuropa-Gesellschaft, 6. April 2020
Bericht von Claudia Laštro, Graz

*Die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie in Ostmittel- und Südosteuropa waren Gegenstand von insgesamt drei Online-Fachgesprächen der Südosteuropa-Gesellschaft im April und Mai 2020. Die beiden Geschäftsführer der Gesellschaft, Dr. Hansjörg Brey und Dr. Christian Hagemann, luden jeweils zusammen mit dem Präsidenten der Südosteuropa-Gesellschaft, Manuel Sarrazin, MdB, drei bis fünf Experten ein, um online mit ihnen spezifischen Fragestellungen zu den Dimensionen, dem Umgang mit und den Auswirkungen der Corona-Pandemie in verschiedenen Teilregionen Südosteuropas nachzugehen. Als Zuhörer*innen und jeweils am Ende der 90-minütigen Fachgespräche auch als Mitdiskutant*innen und Fragestellende nahmen bis zu 100 Interessierte teil.*

Im Online-Fachgespräch Teil I am 6. April 2020 ging es um die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie in den Ländern des westlichen Balkans (Bericht hier folgend); am 24. April 2020 in Teil II um die Länder Ungarn, die Slowakei, Slowenien und Rumänien. Am 11. Mai 2020 in Teil III ging es um die Auswirkungen der Pandemie in Griechenland, der Türkei und Zypern. Alle Online-Fachgespräche sind auf Youtube nachzuerfolgen und nachzuhören unter dem Link: <https://tinyurl.com/y7r8zgs0> (Anm. d. Red.).

Anliegen des Online-Fachgesprächs am 6. April 2020 war es, die Entwicklungen, Schwierigkeiten sowie die staatlichen Antworten auf die Pandemie in der Westbalkan-Region zu beleuchten, welche im Zuge der weltweiten Corona-Krise in den Hintergrund der westeuropäischen Aufmerksamkeit rückten. Inzwischen hat sich die Covid-19-Pandemie auf nahezu alle Länder der Welt ausgebreitet und stellt dabei Gesundheitswesen, Wirtschaftssysteme und Politik sowie alle zwischenstaatlichen Beziehungen auf eine harte Probe. Manuel Sarrazin, MdB, eröffnete die erste Online-Diskussion der Südosteuropa-Gesellschaft mit einer Zusammenfassung der epidemiologischen und auch politischen Herausforderungen, welche die Covid-19-Pandemie Anfang April 2020 für den westlichen Balkan bereithielt. Über Fragen der Kapazitäten der Gesundheitssysteme, langfristige Auswirkungen auf Wirtschaft und Politik in der Region sowie die Beziehungen zur Europäischen Union diskutierten Prof. Dr. Florian Bieber in Graz, Tobias Flessenkemper in Belgrad, Michael Martens in Wien, und Adelheid Wölfl in Sarajevo.

Dimension der Covid-19-Pandemie auf dem westlichen Balkan

Thema der ersten Gesprächsrunde unter den Expert*innen waren die Fragen, welche Dimensionen und Auswirkungen die Covid-19-Pandemie Anfang April 2020 auf dem westlichen Balkan

angenommen hatte und ob die Gesundheitssysteme darauf eingestellt waren? Welche staatlichen Maßnahmen wurden ergriffen? Meldungen berichteten von Ausgangssperren, Beschneidungen der Pressefreiheit sowie der Schließung von Land- und Luftwegen. In welchem Kontext waren diese Regelungen zu verstehen?

Florian Bieber, Leiter des Zentrums für Südosteuropastudien der Universität Graz, konstatierte, dass Anfang April 2020 die aktuellen Fallzahlen der mit Covid-19 Infizierten auf dem Westbalkan zwar deutlich hinter dem westeuropäischen Durchschnitt lägen, ein weiterer Anstieg jedoch in nächster Zeit noch zu erwarten sei. Die Ausbreitung von Covid-19 trafe auf immense Defizite der regionalen Gesundheitssysteme, die vor allem auf drei Entwicklungen der vergangenen Jahrzehnte zurückzuführen seien: Zum Ersten hätten es die Staaten der Region in den vorangegangenen zwei bis drei Jahrzehnten versäumt, wichtige Investitionen in den Gesundheitssektor zu tätigen – eine Fehlentscheidung, deren Folgen auch deutlich an der Knappheit wichtiger Ressourcen spürbar seien. Zweitens seien die Gesundheitseinrichtungen der Länder notorisch unterbesetzt. Dieser Zustand ergebe sich aus den immensen Abwanderungsbewegungen von medizinischem Personal in die Staaten der Europäischen Union. Zuletzt fehle es dem Gesundheitsmanagement an der nötigen Expertise, um eine Krisensituation, wie sie sich durch die Covid-19-Pandemie stellt, effizient zu bewältigen.

„*State capture*“, also die Inbesitznahme staatlicher Institutionen durch Privatinteressen, sei endemisch in den Institutionen der Westbalkan-Staaten, so Bieber. Die auf Klientelismus und Patronage basierende Besetzung wichtiger Positionen habe tiefe Spuren im Gesundheitswesen der Region hinterlassen und sei auf Kosten von Können und Qualifikation erfolgt. Bereits nur wenige schwere Krankheitsfälle könnten ein solches System rasch an seine Grenzen bringen. *Michael Martens*, Südosteuropa-Korrespondent für die Frankfurter Allgemeine Zeitung, bezweifelte, dass die veröffentlichten Zahlen der mit Covid-19 Infizierten das wahre Bild der Verbreitung der Pandemie auf dem westlichen Balkan widerspiegeln. Die geringe Testquote in der Region grenze bereits die zahlen-

mäßige Erfassung der tatsächlich existierenden Infizierungen stark ein. Eine Identifizierung von Infektionsketten habe, so *Adelheid Wölfl*, Südosteuropa-Korrespondentin für „Der Standard“ in Sarajevo, bislang nicht geleistet werden können. Die Unterbrechung von Land- und Luftverkehr verkompliziere zudem die weitere Einfuhr von Tests und anderen medizinisch notwendigen Materialien.

Die Expert*innen stimmten in ihrer Einschätzung überein, dass die drastischen Maßnahmen der regionalen Regierungen, wie Grenzschließungen, Ausgangssperren und Isolation ganzer Altersgruppen, dem Unvermögen geschuldet seien, die Pandemie infrastrukturell zu beherrschen. *Tobias Flessenkemper*, Leiter des Büros des Europarats in Belgrad, gab dabei zu bedenken, dass die massiven staatlichen Reaktionen aus epidemiologischer Perspektive nicht unbedingt angeraten seien. Anstatt zum Beispiel über die Zweckmäßigkeit von Kontaktsperren zur Eindämmung der Pandemie aufzuklären, kommunizierten politische Autoritäten besonders oft die Einschränkung von Grund- und Freiheitsrechten. Intransparentes staatliches Handeln sowie unzureichende Informierung der Öffentlichkeit jedoch öffne, nach Einschätzung von *Adelheid Wölfl* und *Michael Martens*, der Verbreitung von Verschwörungstheorien und Desinformation Tür und Tor. Das ohnehin starke Misstrauen der Öffentlichkeit in die staatlichen Informationskanäle auf dem westlichen Balkan befördere zudem die Rezeption von Falschmeldungen innerhalb der Bevölkerungen.

Wirtschaftliche Folgen für die Staaten des Westbalkans

Da weltweit Expert*innen langfristig negative Effekte auf die wirtschaftliche Entwicklung selbst führender Industrienationen durch die Covid-19-Pandemie prognostizieren, wurde als nächstes darüber diskutiert, welche wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise für die Staaten auf dem westlichen Balkan zu erwarten seien. Bekanntermaßen ist die Region stark auf Arbeitsmigration und Tourismus angewiesen – welche anderen Sektoren könnten besonders betroffen sein?

Florian Bieber wies darauf hin, dass der zu erwartende wirtschaftliche Niedergang auf eine

schwach entwickelte Infrastruktur und ein ohnehin geringes Wirtschaftswachstum in der Region treffe. Die Entwicklungen auf dem westlichen Balkan seien stark mit denjenigen in der EU verwoben. Eine steigende Arbeitslosigkeit in den EU-Mitgliedstaaten werde beispielsweise Arbeitsmigrant*innen und Saisonarbeiter*innen vom westlichen Balkan besonders stark berühren. Insgesamt sei es unwahrscheinlich, dass sich der Westbalkan aus eigener Kraft von den dramatischen Folgen einer nächsten Wirtschaftskrise erholen werde. Investitionen in die Region würden zukünftig von erhöhter Bedeutung sein. Nicht zuletzt werde es notwendig sein, auch im Interesse der fortschreitenden europäischen Integration des Westbalkans, die Länder der Region in den wirtschaftlichen Wiederaufbau-Programmen der Europäischen Union mit zu berücksichtigen.

Michael Martens unterstrich, dass die Strukturhilfe für den westlichen Balkan, dessen Bevölkerung nur etwa 3,4 Prozent der Gesamtbevölkerung der EU ausmache, vergleichsweise gering ausfalle. Von Bedeutung werde vor allem sein, Investitionen gezielt zu tätigen und Verteilungskämpfen zwischen den Ländern der Region vorzubeugen. Einschränkungen im Reiseverkehr würden besonders stark diejenigen Länder treffen, die in erster Linie vom Tourismus abhängen, wie etwa Kroatien und Montenegro. Auch Handel und Arbeitsmobilität innerhalb der Region werden langfristig durch die Grenzschließungen eingeschränkt sein.

Adelheid Wölfl beurteilte die Kapazitäten der Westbalkan-Staaten für einen eigenständigen wirtschaftlichen Wiederaufbau kritisch. Die politische Debatte über Struktur-Programme werde aktuell nur oberflächlich geführt. Im Zentrum der Diskussion stünden externe Unterstützungs-Leistungen sowie öffentlichkeitswirksame Maßnahmen, wie beispielsweise die kurzzeitige Gehaltsaussetzung für Politiker*innen in Bosnien und Herzegowina. Zugleich sei die Region vor besonders große strukturelle Probleme gestellt: Viele osteuropäische Arbeitsmigrant*innen hätten in den vergangenen Wochen ihre Anstellungen in diversen EU-Staaten verloren. Insbesondere prekär Beschäftigte und deren Familien seien durch fehlende arbeitsrechtliche Absicherung drastisch von der aktuellen Wirt-

schaftskrise betroffen. Schätzungen gingen von mehreren Hunderttausenden Osteuropäer*innen aus, die derzeit ohne Einkommen seien.

Tobias Flessenkemper betonte, dass die Diskussion über Arbeitsmigration aus dem westlichen Balkan neu geführt werden müsse. Die derzeitige Krise verstärke bereits existierende Probleme. Flessenkemper veranschaulichte aktuell zu erwartende Entwicklungen mit Rückbezug auf die europäische Abwerbungspolitik ausländischer Arbeitskräfte in den 1950er Jahren. Mit der Wirtschaftskrise von 1979 sei die Zuwanderung in westeuropäische Staaten damals zunehmend politisiert und abrupt begrenzt worden. Der Umkehr in der europäischen Einwanderungspolitik sei nicht nur ein Anstieg der Arbeitslosigkeit in den Herkunftsländern gefolgt, sie habe sich auch langfristig negativ auf die Mobilität im Arbeitsmarkt niedergeschlagen.

Um diese Dynamik langfristig zu durchbrechen, schlug Flessenkemper vor, müssten politische Bemühungen heute vermehrt darauf gerichtet werden, Arbeitskräfte auf innovative Sektoren, wie etwa die IT-Branche, vorzubereiten. Dies ginge nicht ohne die Zusammenarbeit zwischen den Westbalkan-Ländern und der Europäischen Union. Die Anstrengungen müssten auch von einer Diversifizierung der regionalen Wirtschaftssysteme begleitet sein, die aktuell vorwiegend auf den Bausektor konzentriert seien. Eine Herausforderung für externe Investitionen werde einerseits der hohe Grad von Intransparenz und Korruption in Politik, Wirtschaft und Bildung der Westbalkan-Länder sein. Andererseits bergen Investitionen in innovative Technologien die Gefahr, von autoritären Regierungen für Überwachungs- und Repression missbraucht zu werden.

Demokratiopolitische Auswirkungen auf dem westlichen Balkan?

Die staatlichen Maßnahmen gegen die Verbreitung der Covid-19-Pandemie in den Ländern des westlichen Balkans drängten die Frage auf, so die Moderatoren der Online-Diskussion *Hansjörg Brey* und *Christian Hagemann*, ob manche Regierungen der Region die Krise missbrauchten, um Rechtsstaatlichkeit zu unterwandern und ein zunehmend autoritäres Herrschaftsmodell zu konsolidieren. In einigen Län-

dern sei derzeit die Arbeit der Parlamente ausgesetzt. Gesetze gegen das Schüren öffentlicher Panik schränkten die Pressefreiheit ein. Gleichzeitig vollziehe insbesondere Serbien eine immer stärkere Annäherung an die Volksrepublik China. – Was könnten die langfristigen Auswirkungen der Notstands-Verordnungen auf die politischen Systeme sein? Steuere der westliche Balkan einer steigenden Autokratisierung entgegen? Und was könnte dies für die europäische Integration sowie die geopolitische Position der Region bedeuten?

Tobias Flessenkemper unterstrich, dass die aktuelle Gesundheitskrise das Risiko in sich berge, auch die Krise der Rechtsstaatlichkeit in den Westbalkan-Staaten zu verstärken. Ohnehin schwache rechtsstaatliche Strukturen böten Regierungen die Möglichkeit, demokratische Verfahren zu umgehen. Beispielsweise seien derzeit stattfindende Zugriffe auf digitale Daten von Bürger*innen rechtlich nicht gedeckt. Gleichzeitig schränkten ordnungspolitische Maßnahmen die Bewegungsfreiheit im öffentlichen Raum ein. Auch Korruption, Geldwäsche und Klientelismus gewannen erfahrungsgemäß in Krisenzeiten an Konjunktur. Die Gefahr bestehe vor allem darin, konstatierte Flessenkemper, dass sich derartige Entwicklungen langfristig verstetigen könnten.

Florian Bieber betonte, dass die aktuelle Krise bereits existierende autoritäre Tendenzen in den Staaten des westlichen Balkans potenziere. Zwar hielt er eine andauernde Beschränkung der Bewegungsfreiheit für unwahrscheinlich. Die Überwachungsmechanismen, welche die Regierungen während der Gesundheitskrise installierten, könnten allerdings leichter auch über Krisenzeiten hinaus aufrechterhalten werden. Möglich sei aber auch, dass die Eingriffe in die Grund- und Freiheitsrechte auf Widerstand in der Bevölkerung stießen und damit Krisen der politischen Systeme selbst beschleunigten.

Adelheid Wölfl hielt fest, dass die staatliche Informationspolitik, die vor allem ordnungs- und nicht etwa gesundheitspolitische Aspekte in den Vordergrund stelle, Panik innerhalb der Bevölkerung verstärke. Die „schildbürgerlichen“ Regelungen der Krise verfehlten zudem häufig ihr Ziel: In Bosnien und Herzegowina etwa sei es ak-

tuell Menschen im Alter unter 18 und über 65 Jahren nicht erlaubt, ihre Wohnungen zu verlassen. Zeitlich begrenzte Aussetzungen dieser Maßnahmen, etwa für Einkäufe oder Behörden-gänge, hätten wiederum zur Folge, dass sich Menschenmassen in kurzen Zeitfenstern im öffentlichen Raum konzentrierten. Als besonders besorgniserregend hob Wölfl hervor, dass die Zuwiderhandlung gegen epidemiologische Verordnungen, wie etwa Verstöße gegen häusliche Quarantäne, strafrechtliche Konsequenzen bis hin zu mehrjährigen Freiheitsstrafen nach sich zögen.

Florian Bieber erläuterte beispielhaft am Fall Montenegro, wie Regierungen der Region versuchten, Bürger*innen zur gegenseitigen Überwachung zu instrumentalisieren. Die montenegrinische Regierung veröffentliche derzeit auf ihrer Internetseite Namen und Wohnort einzelner Individuen, denen Selbstisolation verordnet worden sei. Bürger*innen seien dazu angehalten, etwaige Verstöße an die zuständigen Behörden zu melden.

Autoritäre Tendenzen in der Region schlugen sich aktuell auch in der Konstellation externer Bündnispartner nieder, so die Einschätzung von *Michael Martens*. China habe sich im März und April 2020 durch Hilfslieferungen von medizinischem Equipment als „Patron Serbiens“ hervorgetan. Gleichzeitig schmähe Serbiens Präsident Aleksandar Vučić öffentlich die EU für ihre vermeintlich „unterlassene Unterstützung“. Eine steigende Anlehnung Serbiens an China schlage sich auch in der sinophilen Berichterstattung der staatlichen Medien nieder. Der transnationale Flugverkehr Serbiens sei zudem bis auf die Flugverbindung zwischen Belgrad und Shanghai ausgesetzt. Insgesamt bleibe abzuwarten, ob sich die enge Beziehung zwischen China und dem westlich Balkan langfristig konsolidieren werde.

Tobias Flessenkemper führte an, dass die Partnerschaft mit China Serbiens Präsident Vučić eine Stuserhöhung verschaffe, von der sich das serbische Staatsoberhaupt auch eine verbesserte Verhandlungsposition gegenüber der Europäischen Union erhoffe. *Florian Bieber* hob hervor, dass eine Annäherung zwischen China und den Staaten des Westbalkans bereits vor der Gesundheitskrise eingesetzt habe. Chinas

Einfluss zeige sich in den letzten Jahren vor allem in Form intransparenter Finanzierungen von Infrastruktur-Projekten in der Region. Allianzen zwischen regionalen und externen Eliten konstituierten sich in erster Linie nach opportunen und transaktionalen Gesichtspunkten. Interessant werde nun, ob China andere Bündnispartner, wie etwa Russland, zukünftig ersetzen werde. Es sei jedoch festzuhalten, dass der Einfluss Chinas in der Region weniger aus der Not geboren, als vielmehr dem politischen Willen der verantwortlichen Eliten geschuldet sei.

Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf die Beziehungen des Westbalkans zur EU

In der letzten Gesprächsrunde unter den Expert*innen ging es um das Thema der sich möglicherweise verändernden internationalen Beziehungen der Westbalkan-Staaten. Ungeachtet der tatsächlichen Größe und Signifikanz des chinesischen Einflusses auf die Region sei zu konstatieren, dass der Eindruck einer chinesischen Präsenz offensichtlich politisch gewollt sei. Gleichzeitig scheinen die Beziehungen zur Europäischen Union zumindest vordergründig abzukühlen. – Wie können politische Bemühungen eine Wiederannäherung zwischen dem westlichen Balkan und der EU bewirken?

Bezugnehmend auf die chinesischen Hilfslieferungen stellte *Michael Martens* zunächst die Bedeutung der humanitären Unterstützung aus Beijing in Frage. Die medienwirksame Überstellung medizinischer Ausrüstung an Serbien habe zwar den Anschein erwecken sollen, die einheimische Ressourcen-Knappheit werde getilgt. Martens berichtete jedoch, dass außerhalb der Hauptstadt Belgrad die Unterversorgung der serbischen Krankenhäuser weiterhin dramatisch sei. Das Signal der serbischen Regierung entspräche also nicht unbedingt den Tatsachen. Auch *Adelheid Wölfl* wendete ein, dass die Beziehung zwischen China und Serbien nicht anhand der aktuellen Hilfeleistungen überbewertet werden dürfe. Die Volksrepublik organisiere derzeit weltweite Lieferungen medizinischer Güter, unter anderem auch in die EU. Zudem sei anzumerken, dass der Transport der chinesischen Hilfsmittel nach Serbien mit Geldern der EU beglichen worden sei – ein Detail, das in der regionalen Berichterstattung kaum bis gar keine Berücksichtigung gefunden habe.

Der deklaratorische Kurswechsel Serbiens sei auch in der EU nicht unbemerkt geblieben, erklärte Wölfl weiter. In den nachfolgenden europäischen Hilfslieferungen an die Staaten des westlichen Balkans sei Serbien im regionalen Vergleich sogar bevorzugt worden – zum großen Missfallen seiner Nachbarländer. Insgesamt offenbarten die Ereignisse um Serbien ein bestehendes Kommunikationsproblem zwischen der EU und den Gesellschaften der Westbalkan-Region. Die Initiativen der EU würden in den staatskontrollierten Medien häufig verfälscht oder gänzlich unterschlagen. Die EU gerate dadurch unter Druck und laufe Gefahr, sich zu übereilten Entscheidungen hinreißen zu lassen. Wichtiger sei es aus europäischer Perspektive jedoch, die Öffentlichkeit der Westbalkan-Staaten eigeninitiativ und unabhängig über die eigenen Vorhaben und Unterstützungen zu informieren. Eine transparente und proaktive Kommunikation mit der Bevölkerung – etwa in den Landessprachen – könne der EU ermöglichen, die Narrative in der Region mitzugestalten.

Michael Martens beobachtete auch, dass das Interesse der westeuropäischen Öffentlichkeit am westlichen Balkan derzeit hinter brisanteren Themen zurücktrete. Die anhaltenden Beitrittsbemühungen der Staaten dürften jedoch nicht im Schatten der globalen Pandemie untergehen, warnte er. Nordmazedonien habe beispielsweise erst kürzlich den NATO-Beitritt erlangt – ein weiterer Schritt auf dem Weg zur euro-atlantischen Integration des Landes, dem jahrelange innenpolitische Anstrengungen vorausgegangen waren. Inmitten der Covid-19-Krise habe außerdem der Europäische Rat zugestimmt, Aufnahmegespräche mit Albanien und Nordmazedonien zu beginnen. Diese Entscheidung habe sich noch vor wenigen Monaten als unwahrscheinlich dargestellt. Ebenso werde die für das Jahr 2020 geplante Visa-Liberalisierung für Kosovo den Westbalkan näher an die EU heranführen. Aber auch kritische Entwicklungen in der Region forderten die kontinuierliche Aufmerksamkeit der europäischen Politik. Beispielsweise sei der Fall der kosovarischen Regierung Ende März 2020 nahezu unbemerkt an der westeuropäischen Öffentlichkeit vorbeigegangen. Trotz der aktuellen Krise müsse die EU weiterhin ihre Verantwortung und Präsenz auf dem Westbalkan signalisieren.

Florian Bieber hielt fest, dass die Autokratisierungstendenzen mancher Länder der Region verdeutlichten, dass eine Zukunft innerhalb der EU mit den amtsinhabenden Eliten nicht denkbar sei. Nichtsdestotrotz offenbarten die derzeitigen Ereignisse auch die anhaltende Bedeutung der Europäischen Union für den Westbalkan. Erst Anfang April 2020 sei beispielsweise die serbische Journalistin Ana Lalić in Polizeigewahrsam genommen worden, da ihr Bericht über den Zustand des Gesundheitssystems in der Region Vojvodina angeblich gegen aktuelle Verordnungen verstoßen habe. Die europäische Empörung habe zweifelsfrei einen bedeutenden Anteil an der prompten Haftentlassung der Journalistin getragen. Das Vorgehen der serbischen Autoritäten demonstrierte aber ein weiteres Mal die Bereitschaft politischer Eliten, die Toleranzgrenzen der EU auszutesten. Umso dringender werde es deshalb notwendig sein, den weiteren EU-Beitrittsprozess an strikte Bedingungen zu knüpfen – wohingegen humanitäre Hilfe selbstverständlich *bedingungslos* erfol-

gen müsse. Die Europäische Union müsse zukünftiges Fortkommen im Beitrittsverfahren an klaren Kriterien bemessen und notfalls auch die Bereitschaft zeigen, Versäumnisse zu kritisieren.

Abschließend gaben die Diskutant*innen noch zwei Impulse zur Unterstützung der Gesundheitssysteme des westlichen Balkans in der Bewältigung der Covid-19-Pandemie: *Adelheid Wöfl* vermutete, dass staatlich organisierte Spendenaufrufe häufig nur auf geringe Resonanz stießen. Dies läge vor allem am weitverbreiteten Misstrauen in die Institutionen der Westbalkan-Staaten. Private Initiativen zur Beschaffung von medizinischer Ausstattung könnten eine Vertrauensschaffende Alternative darstellen. *Manuel Sarrazin* hielt es außerdem für sinnvoll, auch die EU-Erweiterungsländer in das geplante EU-Register medizinischer Schutzausrüstung mitaufzunehmen. Dies würde ermöglichen, Bedürfnisse der einzelnen Länder besser zu erkennen und adäquate Unterstützung zu leisten.

Abschied und Neubeginn bei der SOG Öffentliche Jahreshauptversammlung der Südosteuropa-Gesellschaft 2020

München, 22. Februar 2020

Bericht von Eckehard Pistrick, Köln

Die Jahreshauptversammlung der Südosteuropa-Gesellschaft im Kolpinghaus München stand 2020 ganz im Zeichen des Abschieds des langjährigen SOG-Präsidenten, Staatsminister a. D. Dr. h. c. Gernot Erler und der Amtsübergabe an den neu gewählten neuen Präsidenten Manuel Sarrazin, MdB.¹

Jahresbericht 2019

Dr. h. c. *Gernot Erler* erwähnte in seinem Jahresbericht die nach wie vor zentrale Rolle, welche die Südosteuropa-Gesellschaft mit ihrer hervorragenden Vernetzung für Politik, Wirtschaft, Medien und Zivilgesellschaft spielt. Diese Relevanz ließe sich an den 25 internationalen Tagungen und Konferenzen sowie den 87 Veranstaltungen an Zweigstellen und in der Geschäftsstelle ablesen, die 2019 organisiert wurden.

1 Am Vortag der Jahreshauptversammlung in München, dem 21. Februar 2020, fanden im Rahmen der Mitgliederversammlung der Südosteuropa-Gesellschaft Neuwahlen zum Präsidium statt. Der Bundestagsabgeordnete von Bündnis 90 / Die Grünen und bisherige SOG-Vizepräsident, Manuel Sarrazin, wurde zum neuen Präsidenten der Südosteuropa-Gesellschaft gewählt. Der seit 2000 amtierende Vorgänger, Staatsminister a. D. Dr. h. c. Gernot Erler, wurde von der Mitgliederversammlung feierlich verabschiedet und zum Ehrenmitglied und Ehrenpräsidenten der SOG ernannt. Informationen zur Zusammensetzung des neuen Präsidiums finden sich auf der Website der SOG: www.sogde.org (Anm. d. Red.).